



ANTRAG ZUM POSITIONSPAPIER DER SP SCHWEIZ «AUFBRUCH IN EIN SOZIALES UND DEMOKRATISCHE EUROPA »

Jeder Antrag muss spezifisch zugeordnet werden können (Seitenzahl, Kapitel, Abschnitt). Und der Antrag muss ein klares Ziel verfolgen (streichen, ergänzen, umformulieren) sowie eine kurze Begründung beinhalten. Anträge ohne Zuteilung können nicht behandelt werden.

Mit einem Formular können mehrere Anträge eingereicht werden.

A-x: SP Bern Bümpliz/Bethlehem

Antrag zu Forderung: Kapitel 2, Seite 7, neuer Textteil oben nach Abschnitt 8 zwischen „... EU-Beitritt der Schweiz.“ und „Der Fokus des vorliegenden ...“

Ziel: Zusätzlichen Abschnitt einfügen.

„Der EU-Beitritt ist allerdings kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Das Ziel ist und bleibt getreu unserer Raison d'Être, den Menschen Würde und Freiheit zu gewährleisten, indem sie vor Willkür und Machtmissbrauch geschützt sind und der gemeinsam erarbeitete gesellschaftliche Wohlstand gerecht auf alle verteilt wird. Ein gut ausgebauter Sozialstaat, ein dem Gemeinwohl dienender Service public, ein sozialverträglicher Kampf gegen die Klimakrise und konsequente Steuergerechtigkeit bilden daher die roten Linien, die unseren Weg in die EU markieren und die wir auf keinen Fall überschreiten werden.“

"L'adhésion à l'UE n'est toutefois pas une fin en soi, mais un moyen pour atteindre un but. Fidèle à notre raison d'être, l'objectif est et reste de garantir aux hommes la dignité et la liberté en les protégeant de l'arbitraire et des abus de pouvoir, et de répartir équitablement entre tous la prospérité produite en commun. Un état social bien développé, un service public au service de l'intérêt commun, une lutte socialement acceptable contre la crise climatique et la justice fiscale constituent donc les lignes rouges qui balisent notre chemin vers l'UE et que nous ne franchirons en aucun cas".

"L'adesione all'UE non è tuttavia un fine in sé, ma un mezzo per raggiungere un fine. Fedele alla nostra ragion d'essere, l'obiettivo è e rimane quello di garantire alle persone dignità e libertà, proteggendole dall'arbitrio e dall'abuso di potere, e di distribuire equamente a tutti il benessere prodotto in comune. Uno stato sociale ben sviluppato, un servizio pubblico al servizio del bene comune, una lotta socialmente accettabile contro la crisi climatica e la giustizia fiscale sono quindi le linee rosse che demarcano il nostro percorso verso l'UE e che non oltrepasseremo in nessun caso."

Begründung: Die SP Bern Bümpliz/Bethlehem unterstützt das vorgelegte Europapapier. Allerdings ist sie der Ansicht, dass darin ein klares und unmissverständliches Bekenntnis zu unseren sozialdemokratischen Grundwerten und Zielen fehlt. Zwar werden unsere Kerninhalte wie soziale Gerechtigkeit und die faire Verteilung von Wohlstand im Papier immer wieder erwähnt. Sie sind aber nur immer als Teilaspekte aufgeführt und nie als die absolut zentrale Motivation unseres politischen Einsatzes; sie sind immer nur ein Thema unter anderen Themen. Das will die SP Bümpliz/Bethlehem mit ihrem Antrag ändern. Mit der zusätzlichen Textpassage in Kapitel 2 soll betont werden, dass die soziale Verantwortung unsere Messlatte ist – und zwar auch in der Europapolitik. Die soziale Frage bestimmt unsere Politik in allen Bereichen. Im Kern muss es uns Sozialdemokrat:innen immer darum gehen, den Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben zu ermöglichen, indem eine gerechte Umverteilung von oben nach unten stattfindet. Sie ist die Voraussetzung dafür, um Lösungen in allen anderen Politikfeldern zu finden. Das macht die Sozialdemokratie aus. Und das soll auch klar aus dem Europapapier hervorgehen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:

Antrag zu Forderung: Kapitel 4.3.2.2, Seite 27, Abschnitt Nr. 4 zur Mehrwertsteuer

Ziel: Umformulierung und inhaltliche Ergänzung der Textpassage

Die Mehrwertsteuer würde von heute 7,7% auf 15% fast verdoppelt: Da die Mehrwertsteuer keine Progression kennt, belastet sie die unteren und mittleren Einkommen überproportional stark und ist somit eine unsoziale Steuer. Daher sind zwei Massnahmen zwingend nötig: Es sind zum einen Kompensationsmassnahmen in der gleichen Grössenordnung erforderlich, zielgerichtet zugunsten der unteren und mittleren Einkommen. Zum anderen sind Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die höhere Mehrwertsteuer im Inland als Hebel für einen weiteren Abbau der sozial ausgestalteten progressiven Steuern genutzt wird.

La TVA serait presque doublée, passant de 7,7% aujourd'hui à 15% : puisque la TVA ne connaît pas de progression, elle pèse de manière disproportionnée sur les bas et moyens revenus et constitue donc un impôt antisocial. C'est pourquoi deux mesures sont impérativement nécessaires : il faut d'un côté des mesures

de compensation du même ordre de grandeur, ciblées en faveur des bas et moyens revenus. De l'autre côté il faut prendre des mesures pour éviter que la hausse de la TVA ne serve de levier à une nouvelle réduction des impôts progressifs à caractère social.

L'IVA verrebbe quasi raddoppiata dall'attuale 7,7% al 15%: poiché l'IVA non ha progressione, grava in modo sproporzionato sui redditi medio-bassi ed è quindi un'imposta antisociale. Pertanto, sono indispensabili due misure: sono da un lato necessarie misure di compensazione della stessa entità, che mirano a favorire i redditi medio-bassi. D'altro lato occorre prendere precauzioni per evitare che l'aumento dell'IVA venga utilizzato a livello nazionale come leva per ulteriori riduzioni delle imposte progressive a carattere sociale.

Begründung: Die Mehrwertsteuer hat eine ähnliche Wirkung wie eine Kopfsteuer und ist damit ein Einfallstor für den Neoliberalismus. Seit 30 Jahren werden in der Schweiz gegen den Widerstand der SP die sozialen, progressiven Steuern gesenkt und stattdessen unsoziale, indirekte Steuern wie Mehrwertsteuern, Krankenkassenprämien sowie Abgaben und Gebühren erhöht. Das hat zu einer Umverteilung in die falsche Richtung geführt: Hohe Einkommen und Vermögende wurden entlastet, die unteren und mittleren Einkommen belastet. Dieser unsoziale und schädliche Trend darf mit einem EU-Beitritt auf keinen Fall einen neuen Schub erhalten. Für die SP Bümpliz/Bethlehem ist daher klar, dass unsere Partei bei einem EU-Beitritt alles unternehmen muss, um die negativen Auswirkungen der Mehrwertsteuer nicht nur zu mindern, sondern vollständig auszugleichen. Kompensationen reichen dafür nicht aus. Es braucht zudem mindestens einen Abbau-Stopp bei den progressiven Steuern auf allen drei Staatsebenen.

Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz: